

„Entweder Italien oder der Tod!“

*Minderjährige Flüchtlinge in Patras,
einer Hafenstadt in Griechenland*

***In einer Hafenstadt
in Griechenland
leben Flüchtlinge in
einem improvisierten
Camp. Ihr Ziel ist es,
Westeuropa zu erreichen,
um menschenwürdig
leben zu können.
Auch unbegleitete
minderjährige Flüchtlinge
versuchen hier, zu
überleben und einen
Platz auf einem Schiff zu
ergattern.***

*Salinia Stroux lebt seit einiger Zeit
zeitweise in dem Camp in Patra /
Griechenland.
Alle Fotos in diesem Heft
entstammen der Kamera der
Autorin.*

„Entweder Italien oder der Tod!“ – das klingt hart, ist aber noch härter aus dem Mund eines 13-jährigen, der versucht, seinen Mut nicht zu verlieren. Dschomah ist ein minderjähriger unbegleiteter Flüchtling aus Afghanistan und befindet sich jetzt in Patras, einer Hafenstadt in Griechenland, aus der mehrmals täglich Fähren voller Touristen das Ziel Italien ansteuern. Was ihn von den Touristen unterscheidet? Er hat keinen Pass. Mit schwerem Blick aber entschlossen hat Dschomah gesprochen. Schweigen. Der Gedanke der zurzeit täglich sein Leben bestimmt, lässt ihn nicht weiter sprechen. Er ist allein auf dem Weg zu seinem Bruder. Wir begegnen ihm in einem selbstorganisierten Transitcamp keine zwei Kilometer vom Hafen entfernt, von dem aus seit 12 Jahren Flüchtlinge täglich mehrmals aufbrechen, um ihr Glück an der Grenze nach Italien zu versuchen, in der Hoffnung auf ein Leben in Freiheit und Sicherheit in einem besseren Europa und fern von Kriegen und Armut. Die informelle Siedlung nahe der Küste, in den letzten Jahren eine zentrale Reisestation tausender Flüchtlinge, ist auf einem Privatgrundstück inmitten einer besseren Wohngegend mit Appartementshäusern errichtet und besteht aus etwa 100 Baracken und Papphütten. Hier und in den umliegenden Baustellen, in alten Kuttern am Strand und

auf angrenzenden Freiflächen leben zu Beginn des Jahres 2008 über 1.000 Flüchtlinge aus Afghanistan, in der Mehrzahl junge Männer und Jugendliche, aber auch Kinder unter unmenschlichen Bedingungen ohne Toiletten, Bad, ohne Wasser und Strom. „Hier in Griechenland koche ich zum ersten Mal mein Essen auf bloßem Feuer“ erzählt uns Shahzad ungläubig. „Das musste ich in Afghanistan nie, aber in Europa!“

Afghanisches Barackendorf inmitten der griechischen Hafenstadt

Die Parallelwelt des afghanischen Barackendorfes inmitten der griechischen Hafenstadt erinnert an Slums der dritten Welt. Es ist ein Dorn im Auge der Bevölkerung, der Unternehmer, Investoren und Lokalpolitiker vor allem so kurz vor dem lukrativen Karnevalsbeginn. Sowohl D. Katsikopoulos, Präfekt der Region, als auch A. Frouras, der Bürgermeister von Patras, beide von der sozialdemokratischen PASOK, schockieren die Bevölkerung mit angsteinflößenden Übertreibungen was die Anzahl der Flüchtlinge vor Ort angeht und scheuen sich nicht, von den ohnehin rechtlosen „Migranten“ zu fordern, doch wieder nach Hause zu ge-

Griechenland bietet weder einen sicheren Aufenthalt, sprich Chancen auf Asyl, noch die Sicherung von Grundbedürfnissen wie Unterkunft, Nahrung und ärztliche Versorgung. Der nächtliche Sprung unter den LKW mit all den diesem heimlichen Grenzübertritt verbundenen Lebensgefahren ist für viele die einzige Hoffnung auf ein Leben in Würde.

hen. Auch die Medien beteiligen sich aktiv daran, Vorurteile zu schüren und zur Konstruktion eines Negativbildes beizutragen, indem sie die Papierlosen als Kriminelle und Krankheitskeime darstellen mit der Folge, dass ein großer Teil der Lokalbevölkerung sich nicht für die Probleme der Flüchtlinge interessiert, kaum etwas über ihre Realität weiß und / oder sich im Kontext konservativer oder gar rassistischer Gruppen für die Räumung der Siedlung instrumentalisieren lässt. Man stört sich am Bild des Elends vor der eigenen Haustür. Hier leben Menschen dritter Klasse. Das will keiner sehen. Daran will sich niemand erinnern.

Fluchtfalle statt Transitland

Und das, obwohl Griechenland bis in die 1970er ein Land der Emigration war. Nachdem hunderttausende Griechen das Land verließen, um woanders zu überleben, ist es seit den 1990ern zum Immigrationsland und zum Transitort geworden. Jetzt allerdings ist es immer mehr eine Fluchtfalle, ein Symbol der Ironie europäischer (Anti-)Immigrationspolitik, beispielhaft für die Militarisierung der Grenzen, der Etablierung von Massenabschiebungen anstelle von Asylanerkennung und der Internierung von Flüchtlingen in Auffanglagern. Die Mauern der Festung Europa wachsen. Wenn die Flüchtlinge es schaffen, die türkisch-griechische Grenze und somit die EU- Außengrenze lebend zu überwinden, so besteht ihr Dilemma darin, dass sie in Griechenland gefangen sind, aber kein Asyl bekommen. Das Dublin II und das Schengenabkommen lassen ihnen nicht das Recht zur Weiterreise, zumindest nicht, wenn sie in Griechenland mittels Fingerabdruck registriert wurden. In der Regel passiert dies nach dem Grenzübertritt und nach ihrer

ersten Festnahme. Erreicht ein Flüchtling dennoch ein anderes EU- und Schengenland, so werden seine Fingerabdrücke beim Asylantrag untersucht und mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgt nach dem Auffinden der Daten über das EURODAC Programm die Abschiebung zurück in das Erstaufnahmeland Griechenland. Dort liegt die Asylanerkennungsrate seit Jahren unter 1 Prozent. Griechenland bietet weder einen sicheren Aufenthalt, sprich Chancen auf Asyl, noch die Sicherung von Grundbedürfnissen wie Unterkunft, Nahrung und ärztliche Versorgung. Der nächtliche Sprung über den Zaun am Hafen, an den Hafenbeamten vorbei und unter den LKW mit all den diesem heimlichen Grenzübertritt verbundenen Lebensgefahren ist für viele die einzige Hoffnung auf ein Leben in Würde, auf ihre

Menschenrechte. „Wenn sie nicht für uns sorgen können, wenn sie uns nicht hier haben wollen und kein Asyl geben, warum lassen sie uns dann nicht fort?“ fragt sich Ali, von Beruf bildender Künstler.

Rosa Karte

Die Aussichtslosigkeit der Lage ist den meisten Afghanen bekannt. Unter ihnen leben einige mit temporärem Aufenthalt als Asylantragsteller (Rosa Karte), sog. Dublin Fälle, abgeschoben aus Ländern wie Deutschland, England, Italien oder Schweden sowie viele Papierlose nur mit einem – häufig abgelaufenen – Ausweisungspapier ausgestattet, das sie auffordert binnen 30 Tagen selbständig auszureisen, da eine Abschiebung in das Herkunftsland nicht durchführbar ist. Paradoxer Weise entspricht das den Plänen der Flüchtlinge, die das Land schnell verlassen wollen, weil sie wissen, dass sie in Griechenland keine Chance haben und hoffen, anderswo Asyl zu bekommen. Ihre Verzweiflung ist ebenso groß wie das Gefühl der Ohnmacht. Hoffnung ist oft das letzte, was einem hier bleibt, die einzige Triebkraft in einem Leben dritter Klasse, ohne Papiere und mit einem klitzekleinen Rest von Zuhause verpackt in einen kleinen Rucksack auf dem Rücken.

„Wir werden hier alle wahnsinnig!“ wiederholt der kleine Dschomah mehrmals. „Wir sind alle mental“ beschreibt es



Shahzada, der erst eine Woche in Patras ist, mit anderen Worten. Seit Januar 2008 ist die Unmenschlichkeit der Lage in der Siedlung auf ihrem Siedepunkt. Das stetige Anwachsen der Flüchtlingsbevölkerung seit dem Sommer, ihre Präsenz im Hafen bei Tag und Nacht scheinen auf einmal sichtbar geworden zu sein und zu stören. Die Vorfälle ungestörter und gestraft bleibender gewalttätiger Übergriffe von Seiten der Hafenbeamten und LKW-Fahrer gegenüber den Flüchtlingen häufen sich. So sticht ein Hafenbeamter im Oktober 2007 vier Mal auf den 14-jährigen Mustafa ein, der sich in einem Reifen versteckt hielt. Der Versuch, gegen den Täter Klage einzureichen, scheitert an den Verschleierrungsmaßnahmen der Hafenbehörde und der schlampigen Arbeit der Gerichtsmedizin.

Erste Anzeichen einer weiteren Verschärfung der Lage deuteten sich mit der Gründung einer gemeinsamen Initiative von Unternehmern und Nachbarn, die mit der Unterstützung der Lokalmedien



und mit Einverständnis des Bürgermeisters, aber ohne großen Erfolg bei einem Protest am Hafen die sofortige Entfernung der Flüchtlinge aus Patras forderten. Wenig später verteilten Hafenbeamte und Polizei ein vielsprachig übersetztes Faltblatt zunächst ohne Unterschrift,

das die Flüchtlinge auffordert, Patras zu verlassen, um „die freie Beförderung von Gütern und Menschen im Hafen nicht zu behindern und ihr eigenes Leben nicht in Gefahr zu bringen.“ Dieser informellen Warnung folgten einige Tage später etwa 100 Festnahmen. Auch der Grundbesitzer der Siedlung hat nach mehrjährigen Stillschweigen auf einmal beschlossen sein Gelände zurückzufordern.

UNHCR fordert Stopp für „Dublin“-Transfers nach Griechenland

Genf/Wien, 16.04.2008 – Das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR hat die Staaten aufgefordert, keine Asylsuchenden im „Dublin“-System nach Griechenland zurückzuschicken. („Dublin“ regelt, welcher Staat für einen Asylwerber zuständig ist.) Ein neues Positionspapier, das am Mittwoch präsentiert wurde, begründet diesen Schritt mit weiter bestehenden Mängeln des griechischen Asylsystems. „Wir ersuchen daher die anderen Mitgliedsstaaten, diesen Menschen ein faires und rasches Asylverfahren zu geben“, sagt UNHCR-Sprecher Roland Schönbauer. „In Griechenland ist dies derzeit nicht garantiert. Diese Empfehlung gilt bis auf weiteres.“

UNHCR fordert damit erstmals, Dublin-Transfers in ein Land zu stoppen.

Das Positionspapier anerkennt Schritte der griechischen Regierung zur Verbesserung der Asylpraxis, spricht aber auch von „mehreren Hindernissen“, denen sich „Dublin-Rückkehrer“ in Griechenland gegenüber sehen, und – allgemein - von ungelösten, „ernsten Herausforderungen“ des dortigen Asylsystems: automatische Schubhaft, Mangel an Übersetzern, Asyl-Interviews in für den Betroffenen fremden Sprachen, ungenügende Information über den Verfahrensstand, unzureichende Verfahrensqualität, niedrige Anerkennungsraten sowie Mangel an Unterkünften, der den Asylsuchenden das Mitwirken am Asylverfahren oft unmöglich macht. „UNHCR ist daher besorgt, dass ‚Dublin-Rückkehrer‘ vom Asylverfahren ausgeschlossen bleiben“, heißt es in dem UNHCR-Papier.

Zwar sei Griechenland selbst in erster Linie dafür verantwortlich, internationale Asyl- und Flüchtlingsschutz-Standards herzustellen. UNHCR erinnert aber gleichzeitig die anderen Staaten der EU daran, dass ein faires und effizientes Asylverfahren auch eine Frage geteilter Verantwortung und Solidarität sei. „Wir empfehlen daher, dass die anderen Staaten von Artikel 3 (2) der Dublin-Verordnung Gebrauch machen. Dieses so genannte Selbsteintrittsrecht gibt ihnen die Möglichkeit, auch Asylanträge zu behandeln, für die sie eigentlich nicht zuständig sind“, erläutert UNHCR-Sprecher Schönbauer.

Laut EU-Verordnung „Dublin“ ist in der Regel jenes Land zuständig, in dem der oder die Betroffene den „Dublin-Raum“ betreten hat. Zuletzt hatte dies auch dazu geführt, dass Länder am Rand der EU wie Griechenland mit stark gestiegenen Neuanträgen konfrontiert waren, während Binnenländer wie Österreich und Deutschland weniger neue Anträge zu verzeichnen hatten

Räumung des Geländes

Eine erste Räumung des Geländes durch die Bulldozer der Präfektur und mit Unterstützung staatlicher Einsatzkommandos mit Folge dem Abriss einiger Baracken konnte zwar vorläufig gestoppt werden, aber in Wirklichkeit haben die Angriffe nur ihr Gesicht gewandelt. Jetzt versuchen Grundbesitzer, Politiker und Polizei, die Flüchtlinge psychologisch zu zermürben, so dass sie freiwillig das Feld räumen. Regelmäßige Festnahmen in Nähe der Siedlung oder nahe gelegener Supermärkte und Telefonzellen lassen sie ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen: sie können weder ans Meer, um sich und ihre Kleidung zu waschen, sie können nicht auf Toilette, nicht zur Telefonzelle um Kontakt zu ihrer Familie aufzunehmen, nicht Essen oder Medizin einkaufen oder ins Krankenhaus. Gleichzeitig hat die Regierung dafür gesorgt, dass der Hafen militarisiert und die Polizei aufgerüstet werden, so dass nur noch wenige und unter der Gefahr der Festnahme und / oder staatlicher Gewalt die Schiffe erreichen. Die Tür ist zu und die Flüchtlinge umzingelt.

Leicht weckt die Stimmung trügerisch Erinnerungen an ein Zeltlager von Pfadfindern. Nach Sonnenuntergang relativiert sich das fälschliche Bild des Tages jedoch massiv und man spürt die Anspannung und Angst. Langsam schnallt sich einer nach dem anderen seinen kleinen Rucksack auf den Rücken.

„Freiheit bedeutet für mich zur Schule gehen zu können“ sagt Ali. Er hat bei seiner Festnahme auf der an der türkischen Grenze gelegenen Insel Lesbos ehrlich angegeben, dass er sein Geburtsdatum nicht kennt. Schaut man in sein Gesicht und hört wie er redet, so wird eindeutig klar, dass es sich um einen Minderjährigen handelt. Die griechischen Behörden jedoch haben ihn als 18-jährigen deklariert. Somit hat er den Schutz und die Rechte minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge für ganz Europa auf einen Schlag verloren. Einige Tage später wird er im Rahmen einer der Routinefestnahmen in der Nähe von LIDL abgeführt. Nach kurzer Zeit Haft im überfüllten Gefängnis der Ausländerbehörde in Athen wird er nach Venna einem der härtesten Grenzlager in der Region Evros überführt. Man informiert ihn, er habe eine dreimonatige Haftstrafe zu absolvieren. Das ist das Höchstmaß an Haftstrafe für einen papierlosen Erwachsenen, der nicht abgeschoben werden kann.

Demonstration für Recht auf Asyl und Bewegungsfreiheit

„Wir sind aus Afghanistan geflohen, um hier ein Leben zu finden, mehr nicht. Aber hier gibt es nicht einmal Menschenrechte!“ Qayum ist entrüstet. Ein bisschen besser ist es erst geworden, seit sich einige Gruppen Linker und Anarchisten zusammengefunden haben, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren. Eine erste Demonstration am 29. Januar mit über 1.000 Afghanen und einer Gesamtzahl von etwa 2.000 Demonstranten hat mit ihren emotionalen Rufen und der Forderung „Asyl, Asyl!“ nicht nur die Gesellschaft wachgerüttelt, sondern auch den Flüchtlingen ein wenig Würde zurückgegeben. Das erste Mal innerhalb des letzten

Monats konnten sie ohne Angst die Stadt betreten, bzw. das Lager verlassen. Am 19. Februar fand eine weitere Demonstration in Patras statt, innerhalb derer die nunmehr in ihrem Camp „gefangenen“ Afghanen neben dem Recht auf Asyl ihre Bewegungsfreiheit zurückforderten.

Seit der Zuspitzung der Lage im Hafen und der erhöhten Gefahr von Inhaftierungen versuchen sich die Flüchtlinge tagsüber die Zeit bis zum Sonnenuntergang mit Sport und Spielen zu vertreiben. Leicht weckt die Stimmung von außen betrachtet trügerisch Erinnerungen an ein Zeltlager von Pfadfindern. Spätestens bei genauerem hinschauen und besonders nach Sonnenuntergang relativiert sich das fälschliche Bild des Tages jedoch massiv und man spürt die Anspannung und Angst. Langsam schnallt sich einer nach dem anderen seinen kleinen Rucksack auf

den Rücken. Man hört ein Raunen, die Frage: „Kommst du heute zum Zaun?“ Im Dunkeln brechen kleine Grüppchen auf. Unter ihnen auch der neunjährige Ruhulla mit seinem Onkel. Der stille Weg zum Hafen. Bloß nicht auffallen. Die Gesichter der jungen Männer sind ernst, mit ihren Blicken nach Polizei suchend warten sie in Seitenstraßen und nahe des Zauns auf eine Chance. Sie haben die ganze Nacht vor sich.

Verabschiedet wird sich irgendwann nicht mehr. Der Abschied ist Alltag. Erst am nächsten Morgen erfährt man genau, wer es ins Schiff geschafft hat und wer nicht. Man erzählt sich von der Jagd der Polizei, den Festnahmen, den Schlägen und zeigt sich seine Verletzungen. Gebrochene Knochen, Platz- und Schürfwunden sowie blaue Flecken sind an der Tagesordnung. Die Erfolgsgeschichten derer, die es nach Westeuropa schaffen, wecken Hoffnungen, aber die Ausweglosigkeit und Tragik der vielen Abgeschobenen, der Verschwundenen, der namenlosen Opfer unserer europäischer Grenzen wickeln sich wie eine Peitsche ums Herz bis es schmerzt. Das Atmen fällt schwer. „Bad waqti hastim!“ sagt man in Patras mit einem wohlwissenden traurigen Lächeln. „Wir haben kein Glück!“



siehe auch die Presseerklärung auf Seite 45

Fotos: Kinderflüchtlinge in Patras, fotografiert von Salinia Stroux

